

# LKK stottert Schulden langsam ab

Liechtensteinische Krankenkasse: Altschulden abbauen - Umliegende Spitäler befriedigt

Die LKK ist bemüht, sich von ihren Altschulden langsam aber sicher zu befreien. Gestern konnte Geschäftsführer Hansjörg Frick den Vertretern der Spitäler Vaduz, Feldkirch und Grabs eine Gesamtsumme von 360 000 Franken übergeben. Nach der Tilgung dieser Schulden seitens der LKK bleibt nun noch ein Betrag von 6,34 Millionen Franken an offenen Rechnungen übrig. Dieses Geld soll bis ins Jahr 2007 zurückbezahlt werden.

Peter Kindle



Fröhliche Gesichter, nachdem die LKK nun ihre Schulden an die umliegenden Spitäler begleichen konnte. (v.l.n.r.) Gerold Schädler, Verwaltungsrat der LKK, Hansjörg Frick, Geschäftsführer LKK, Harald Maikisch, Landeskrankenhaus Feldkirch, Hans-Uli Künzler, Spital Grabs, Walter Marxer, Verwalter Landesspital Vaduz, und Helen Näff-Frick, Vizepräsidentin des LKK-Verwaltungsrates.

Glückliche Gesichter bei den Vertretern der Krankenhäuser Vaduz, Feldkirch und Grabs, als LKK-Geschäftsführer Hansjörg Frick in einem symbolischen Akt den restlichen Schuldenbetrag von insgesamt 360 000 Franken zusammen mit einem trendigen Kickboard an die Spitäler übergeben konnte. Die letzte Zahlung der offenen Schulden wurde mit Freude entgegengenommen - lange genug mussten die drei Krankenhäuser auf Zahlungen in Höhe von 3,6 Millionen Franken warten. Die LKK konnte diese Entgelte für Leistungen gegenüber Versicherten nicht bezahlen, war der liechtensteinische Krankenversicherer vor drei Jahren noch dem ein finanziell ruiniertes und heruntergewirtschaftetes Unternehmen. Harald Maikisch, Vertreter des Landeskrankenhauses

Feldkirch, zeigte sich sehr erleichtert, nachdem ihm Hansjörg Frick den Scheck zur Tilgung der immer noch offenen Schulden überreichte. Es sei für die Vertreter des Feldkircher Krankenhauses keine leichte Entscheidung gewesen, der LKK Stundung für die Begleichung der Schulden zu gewähren. «Obwohl wir sicher waren, dass die liechtensteinische Regierung die LKK nicht im Regen stehen lassen wird, haben wir uns bei dieser Entscheidung schwer getan», betonte Harald Maikisch. Die Gewährung einer Stundung habe auch grosses persönliches Risiko beinhaltet,

deshalb sei der Tag der endgültigen Schuldenbegleichung umso erfreulicher. Erfreut zeigte sich Harald Maikisch aufgrund des Umstandes, dass die LKK nun gegenüber dem Feldkircher Krankenhaus schuldenfrei sei, «zieht man doch in Betracht, dass der Rückzahlungsplan nicht sehr grosszügig war». Ebenso erleichtert über den Zahlungseingang zeigte sich Hans-Uli Künzler vom Spital Grabs. «Unsere Finanzkontrolle hat bei uns immer wieder nachgehört, um zu erfahren, wann das Geld nun endlich kommt». Walter Marxer, Verwalter des Landesspitals Vaduz, betonte:

«Auch uns taten die Schulden weh. Wir waren aber in der glücklichen Lage, dass der Staat unsere Defizitbeträge übernimmt. Der Staat stand dahinter».

### Klumpfüsse beseitigen

Die LKK stehe mittlerweile auf einem gesunden finanziellen Fundament, berichtete LKK-Geschäftsführer Hansjörg Frick. Der nunmehr grösste liechtensteinische Krankenversicherer befinde sich im Aufbruch. Es seien aber noch weitere Schulden aus der Vergangenheit vor 1998 vorhanden, die getilgt werden müssten. So

zum Beispiel das zinslose Darlehen des Staates in der Höhe von 6 Millionen Franken. Dieses soll bis zum Jahr 2007 kontinuierlich abgebaut werden können. «Bei unseren Gesprächen mit der Regierung ist dies ein zentrales Thema», so Hansjörg Frick. Finanziert werden die Schulden einerseits aus den Prämieinnahmen der Versicherten und durch Subventionen des Landes.

Eine weitere Last aus der Vergangenheit, welche wie ein Klumpfuss an der LKK haftet, ist die Pflicht zur Rückzahlung ungerechtfertigt erlangter Subventionen des Landes. Ausstehend sind weitere 340 000 Franken. Diese sollen aber mit den staatlichen Beiträgen verrechnet werden können.

### Aus Fehlern lernen

Die LKK schaut motiviert in eine bessere Zukunft. Obwohl durch den Rückzug der grossen schweizerischen Kassen, die unser Land wegen der Inkraftsetzung des umstrittenen neuen Krankenversicherungsgesetzes verlassen haben, lediglich 700 bis 800 neue Kassenmitglieder gewonnen werden konnten, will die LKK neue Wege beschreiten: Durch ein effizientes Leistungscontrolling wurde ein entsprechendes Einsparpotenzial geschaffen.

Durch die Rückzahlung der Schulden bei den Krankenhäusern und der bekundeten Bereitschaft, auch die weiteren Altlasten abzustossen, können sich LKK-Versicherte nun mit gutem Gewissen in den umliegenden Krankenhäusern wieder behandeln lassen.

## NACHRICHTEN

### Bundespräsident Adolf Ogi kommt

VADUZ: Morgen Donnerstag weilt der schweizerische Bundespräsident Adolf Ogi in Begleitung seiner Gattin Katrin Ogi zu einem Besuch im Fürstentum Liechtenstein. Bundespräsident Ogi und die schweizerische Delegation werden von Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie von und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz empfangen und begrüsst. Nach diesem feierlichen Empfang findet ein Gespräch zwischen Bundesprä-



sident Ogi und Fürst Hans-Adam II. auf Schloss Vaduz statt. Anschliessend treffen sich der Bundespräsident und seine Delegation mit Mitgliedern der Regierung zu einem Arbeitsgespräch im Regierungsgebäude. Auf Einladung von Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie werden die Gäste aus der Schweiz auf Schloss Vaduz zu einem Mittagessen gebeten. Ein anschließender Empfang der Regierung rundet diesen Programmpunkt ab. Nach dem Empfang der Regierung werden die hohen Gäste vom Fürstenpaar auf Schloss Vaduz mit dem Abspielen der schweizerischen und der liechtensteinischen Hymnen verabschiedet.

### LSVA: Spediteure befürchten Chaos

BERN: Die Schweizer Spediteure rechnen wegen der Einführung der LSVA ab 1. Januar 2001 mit chaotischen Zuständen an den Grenzübergängen zur Schweiz. Weil sich die Transportwegkosten bis zu 35 Prozent verteuern, dürfe dies laut der Branche auch höhere Preise für die Endverbraucher zur Folge haben. Grund zur Besorgnis beim Verband schweizerischer Speditions- und Logistikunternehmen geben die an den Landesgrenzen wegen der Einführung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) notwendigen Kontroll- und Inkassoverfahren, wie der Verband am Dienstag mitteilte. Die Strassensteuer wird nach Angaben des Verbandes die Transportwegkosten bis um über einen Drittel verteuern. Direkt betroffen seien die Lieferketten von Industrie und Handel, was erfahrungsgemäss auch höhere Preise für die Konsumenten nach sich ziehen werde.

# Reform des Gymnasiums wird vorgezogen

Neue Vorlage zur Reform der Oberstufe des Gymnasiums und des Vorbereitungslehrgangs Fachhochschule

Die Reform der Oberstufe des Gymnasiums, ursprünglich ein Bestandteil der Gesamtreformberichts, wird vorgezogen. Bereits im Oktober soll sich der Landtag mit einer entsprechenden Vorlage befassen, die unter anderem auch eine Verkürzung der gymnasialen Ausbildung beinhaltet.

Manfred Öhri

Die Landtagsdebatte zur Schulreform mündete im Mai bekanntlich in eine Machtdemonstration der VU-Mehrheitsfraktion: Eigentlich war die Vorlage bereits vom Tisch, doch ein Rückkommensantrag der VU sorgte dann dafür, dass erneut abgestimmt werden musste. Letztendlich wurde die Regierung aufgefordert, die Vorlage zur Schulreform im Lichte der Eintretensdebatte und der Abstimmungsergebnisse zu überarbeiten. Jetzt wird jener Teil, der sich mit der Sekundarstufe II befasst, ausgekoppelt und separat behandelt.

### Keine Opposition erwartet

Die Regierung hat gestern einen Bericht und Antrag zur Reform der Oberstufe des Gymnasiums sowie des Vorbereitungslehrgangs Fachhochschule an den Landtag verabschiedet, wie Regierungsrat Norbert Marxer gleichentags am Pressegespräch bekanntgab. «Die Anpassungen wurden unter anderem notwendig, so der Bildungsminister, weil die Schweiz ein neues Ma-

turitätsreglement einführt und den Liechtensteinern und Liechtensteinerinnen wie bisher mit einem Gymnasiumabschluss ungehinderter Zugang zu den Schweizer Hochschulen ermöglicht werden soll». Die Vorlage soll bereits im Oktober-Landtag zur Behandlung vorliegen. Nachdem dieser Bereich schon im Mai im Landtag «sehr gut aufgenommen» worden sei, erwartete nun keine Opposition und keine grossen Diskussionen, meinte Norbert Marxer. Widerstand sei nur bei der Lehrerschaft und in Elternkreisen auszumachen. Damit die liechtensteinische Ma-

tura auch weiterhin den uneingeschränkten Zugang zu allen schweizerischen Hochschulen des Bundes und der Kantone ermöglichen, müssten gemäss Regierungsmittelteil auf Grund des revidierten schweizerischen Maturitätsanerkennungsreglements die bisherigen gymnasialen Maturitätstypen (B mit Latein und E mit Wirtschaftswissenschaften) aufgegeben werden. Künftig sollen die Gymnasiasten nicht mehr zwischen starren Maturitätstypen wählen müssen, sondern zwischen verschiedenen Profilen oder Schwerpunkten. Laut Regierungsrat Marxer muss in der

Schweiz das neue Maturitätsanerkennungsreglement bis Ende 2003 umgesetzt werden. In Liechtenstein solle die erste Maturaprüfung nach neuem Reglement im Jahr 2005 durchgeführt werden; d.h. mit dem 1. Schuljahr solle nach neuem Konzept (heutige 3. Klasse des Gymnasiums) im Herbst 2001 begonnen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Vorlage betrifft die Länge der gymnasialen Ausbildung. Regierungsrat Norbert Marxer gestern dazu: «Künftig soll auch in Liechtenstein die Matura nach 12 Schuljahren, wie fast überall in

Europa, erlangt werden können. Bisher war dies erst nach 13 Schuljahren möglich.»

### Die Berufsmittelschule

Der Vorbereitungslehrgang Fachhochschulreife - neu Berufsmittelschule - ist ein wichtiger Baustein im liechtensteinischen Bildungswesen. Einerseits trägt er zur Steigerung der Attraktivität der Berufsbildung bei, andererseits eröffnet er Bildungswege und -abschlüsse, die sich auf dem Arbeitsmarkt grosser Beliebtheit erfreuen. Damit der Lehrgang weiter an Attraktivität gewinnt, sollten ihm nach Auffassung der Regierung Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Vorbild der Berufsreifeprüfung in Österreich eröffnet werden. In Österreich sei es möglich, dass Berufsleute an Berufsschulen berufsbegleitend, modular und unter Berücksichtigung der im Berufsleben erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen den allgemeinen Hochschulzugang erlangen könnten.

Regierungsrat Marxer hierzu: «Der Vorbereitungslehrgang trägt neu den Namen Berufsmittelschule und wird insofern aufgewertet, als die Absolventen dieses Lehrganges prüfungsfrei in der Schweiz die Fachhochschulen und in Österreich die Hochschulen besuchen können. Mit der Vorlage sollen nun die gesetzlichen Grundlagen für eine solche Weiterentwicklung des Vorbereitungslehrgangs zur Berufsmittelschule geschaffen werden.



Die Reform der Oberstufe des Gymnasiums kommt nun als eigenständige Vorlage zurück in den Landtag. (Archivbild)

REKLAME

**WASSER**  
 Gassner Goldschmiede AG  
 Lettstrasse 5, FL-9490 Vaduz  
 Telefon 00423 / 232 38 45  
 Kunden-☐